

## Pressemitteilung für die Landespressekonferenz am 08.03.2005

Die Enquetekommission zur "Situation und Zukunft der Pflege in NRW" hat dem Landtagsplenum ihren Abschlussbericht Mitte März 2005 vorgelegt. Sie ist die erste ihrer Art im ganzen Bundesgebiet. Die Enquetekommission hat von Mai 2002 bis Dezember 2004 getagt, um ihrem Auftrag entsprechend die Situation der Pflege in Nordrhein-Westfalen darzustellen und Handlungsempfehlungen zu entwickeln, wie die Qualität der Pflege gesichert und verbessert werden kann. Ziel der Enquetekommission sollte es sein, Rahmenbedingungen für eine vorausschauende Politik darzustellen, unter denen eine menschenwürdige Pflege möglich ist, die es den betroffenen Menschen gestattet in Würde alt zu werden.

Unter dem Vorsitz von Angelika Gemkow (CDU), tagten die neun Abgeordneten der vier Fraktionen sowie sieben vom Landtagspräsidenten auf Vorschlag der Fraktionen berufenen Sachverständigen in 30 nichtöffentlichen Sitzungen. In den Enquetesitzungen wurden zahlreiche Anhörungen und Expertengespräche zu pflegerelevanten Themenbereichen durchgeführt. Darüber hinaus hatte die Kommission Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen spezifische Themenbereiche besonders konzentriert bearbeitet wurden. Diese Arbeitsgruppen arbeiteten zu den Themen "Demographie und Infrastruktur", "Berufs- und Arbeitsfeld Pflege", "Wohnen im Alter", "Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation" sowie "Finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen". Zur Vertiefung wichtiger Fragestellungen hatte die Enquetekommission außerdem Forschungsaufträge in Form von Gutachten und Expertisen vergeben.

Die Enquête-Kommission zeigt in ihrem Abschlussbericht auf, unter welchen Rahmenbedingungen Pflege stattfindet und gibt zahlreiche Impulse für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung einer menschenwürdigen Pflege.

Die Enquête-Kommission kommt zu folgenden Ergebnissen:

In Nordrhein-Westfalen leben derzeit 459.000 pflegebedürftige Menschen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes. Nach Projektionen im Rahmen eines von der Enquête-Kommission in Auftrag gegebenen Gutachtens wird der Anteil der pflegebedürftigen Menschen im Jahr 2040 auf 699.000 gestiegen sein, was einer Steigerungsrate von 52,4 Prozent entspricht.

Rund 70 Prozent der Pflegebedürftigen in NRW werden zu Hause durch Angehörige und ambulante Pflegedienste versorgt. Angehörige sind der "größte Pflegedienst der Nation", die durch die Pflegeübernahme mit starken körperlichen und seelischen Belastungen konfrontiert sind. Der demographische und soziale Wandel unserer Gesellschaft ist unumkehrbar – auch nicht durch eine kurzfristige Steigerung der Geburtenrate und schon gar nicht durch verstärkte Zuwanderung in einer realistischen Größenordnung. Die Familien werden aller Voraussicht nach die Pflege von Angehörigen in geringerem Umfang übernehmen können. Damit wird die Bedeutung der professionellen Pflege wachsen. Diese Entwicklungen müssen ein deutliches Signal für die Politik sein. Sie zeigen den erheblichen Handlungsbedarf heute und für die Zukunft auf. Zielsetzung der Politik muss es sein, die Folgen der demographischen und sozialen Veränderungen durch entsprechende Weichenstellungen zu lenken und Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur zu schaffen.

Es besteht großer Handlungsbedarf sowohl was die Versorgung und Pflege Alleinlebender, chronisch Kranker, Hochaltriger, demenziell erkrankter Menschen und älterer Menschen mit Behinderung anbetrifft, wie auch die älterer Migranten.

Wichtig für die Pflege der Zukunft ist der Ausbau niederschwelliger, wohnortnaher Versorgungsangebote für die genannten Bevölkerungsgruppen, wie besonders auch der Verbesserung der Kooperation, Koordination und Vernetzung der an der Versorgungsgestaltung beteiligten Institutionen und Akteure. Die Sicherung einer bedarfs- und bedürfnisgerechten pflegerischen Versorgung wird nicht ohne Verbesserung der Kooperation, Integration und Gestaltung des Versorgungsgeschehens möglich sein – eine Aufgabe, für deren Wahrnehmung es allerdings entsprechender Kompetenzen und Finanzierung bedarf. es sind daher, entsprechende Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen, um diese Aufgabe künftig gezielt angehen zu können.

Rund 30 Prozent der Pflegebedürftigen werden in Heimen versorgt. Nach NRW-Erhebungen sind fast 80 Prozent der Heimbewohner psychisch verändert. Zusätzlich steigt auch die Zahl von chronisch-schwererkrankten älteren Menschen mit einem überdurchschnittlich hohen Mortalitätsrisiko. Dies stellt die Pflegekräfte vor große Herausforderungen.

Ein Großteil der Bewohner in stationären Einrichtungen weist einen Unterstützungsbedarf auf, der eine intensiv, qualifizierte Pflege unverzichtbar macht. Das alltägliche Versorgungsgeschehen bleibt in vielen Fällen jedoch auf das Notwendigste begrenzt. Den hohen fachlichen Anforderungen und dem ausgedehnten Unterstützungsbedarf in der vollstationären Pflege steht eine Personalausstattung gegenüber, die schwerlich als adäquat bezeichnet werden kann. Deshalb sind sowohl Maßnahmen notwendig, die die Ablauforganisation verbessern aber auch Ausbildungs- und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten, die sich integrativ an die gesamte Einrichtung wenden.

Die Enquete-Kommission sieht in der Gewinnung neuer Pflegekräfte und in einer aufeinander abgestimmten Aus-, Fort- und Weiterbildung der beruflich Pflegenden einen Schlüssel für die Sicherstellung der Pflege. Darüber hinaus ist nur gut ausgebildetes und selbstbewusstes Personal in den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen in der Lage, Pflegemängel und Pflegefehler zu vermeiden. Trotz der eher ernüchternden Ergebnisse einer Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation in vollstationären Pflege darf nicht übersehen werden, dass es auch viel versprechende Bemühungen gibt, den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

Für die große Zahl von Pflegebedürftigen wird eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur sowie ausreichend und gut qualifiziertes Personal, das die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen übernimmt, zur Verfügung stehen müssen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf die Bedeutung neuer Versorgungs- und Wohnformen und die Notwendigkeit der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und damit die Entwicklung eines "Hilfe- und Sorgemixes" hinzuweisen. Dem Wohn- und Lebensumfeld Pflegebedürftiger wird zukünftig ein großer Wert beigemessen. Deshalb werden im Abschlussbericht der Enquete-Kommission verschiedene Wege aufgezeigt, wie die Wohnsituation und das Wohnumfeld an die Bedürfnisse des Pflegebedürftigen anzupassen sind und welche Instrumentarien hier zur Verfügung stehen müssen.

Ebenso kann die Förderung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und die Stärkung der im SGB XI verankerten Grundsätze "ambulant vor stationär" sowie Rehabilitation und Prävention Einfluss auf die in dieser Einleitung dargestellten Entwicklungen nehmen. Noch immer werden präventive Potenziale von älteren Menschen erheblich unterschätzt. Die Enquete-Kommission misst Prävention, Gesundheitsförderung und Rehabilitation gerade bei älteren Menschen einen hohen Stellenwert bei, der sich sowohl in der rechtlichen Ausgestaltung als auch im entsprechenden Angebot widerspiegeln sollte. Zwingend erforderlich wird eine ausreichende Personalausstattung im ambulanten und stationären Pflegebereich und eine gute Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein, um eine hohe Pflegequalität zu gewährleisten.

Dies alles ist aber nur auf Grundlage einer soliden finanziellen Grundlage zu verwirklichen. Damit die Pflege nicht selbst zum "Pflegefall" wird, muss das Risiko der Pflegebedürftigkeit finanziell abgesichert werden. Dies hat im Interesse des Einzelnen und der gesamten Gesellschaft zu geschehen. Nur so wird es auch möglich sein, die pflegerische Versorgung stärker am Menschen und an seinen individuellen Bedürfnissen auszurichten und eine Pflege von "Mensch zu Mensch" zu gewährleisten.

Die Enquête-Kommission "Situation und Zukunft der Pflege in NRW" hat einen umfangreichen Bericht vorgelegt, der in Teilen äußerst detaillierte Hintergründe darstellt und umfangreiche Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung der Politikgestaltung im Bund und in NRW bietet.

## Zahlen und Anstieg der Pflegebedürftigen in NRW

Anfang 2001 lebten in NRW knapp 460.000 Pflegebedürftige im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes, davon etwa 325.000 (rund 70 Prozent) zu Hause und weitere 135.000 (rund 30 Prozent) in stationären Einrichtungen. Von Pflegebedürftigkeit betroffen sind somit auch in NRW überwiegend sehr alte Menschen. Insgesamt sind etwa drei Viertel der zu Hause und weit über 90 Prozent der in Heimen lebenden Pflegebedürftigen 65 Jahre und älter, rund 45 Prozent (zu Hause) bzw. knapp 60 Prozent (in Heimen) sogar 80 Jahre und älter. Nach Projektionen im Rahmen eines von der Enquête-Kommission in Auftrag gegebenen Gutachtens wird die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahre 2040 von rund 459.000 auf 699.000 steigen, das heißt um annähernd 240.000 Personen bzw. 52,4 Prozent des Ausgangswertes. Dies ist wesentlich durch den künftigen Anstieg der Zahl alter Menschen bedingt.

Die Projektion bis 2040 zeigt steigende Verläufe für alle Pflegestufen. Insgesamt nimmt die Anzahl der Pflegebedürftigen im Untersuchungszeitraum von rund 459.000 auf 699.000, das heißt um annähernd 240.000 Personen bzw. 52,4 Prozent des Ausgangswertes zu. Die Ergebnisse Berechnungen zeigen für das Jahr 2020 in einzelnen Gemeinden in NRW Steigerungsraten von bis zu 68 Prozent der Pflegebedürftigen. Die niedrigste Steigerungsrate hat nach unserer Untersuchung die Stadt Hagen mit rund 11 Prozent. In Heinsberg fällt der Anstieg am höchsten aus. Er liegt dort bei 68 Prozent.

## Stationäre Pflegeeinrichtungen, ambulante Pflegedienste

In NRW werden rund 135.000 Pflegebedürftige in Heimen versorgt. Zu etwa 80 Prozent handelt es sich um zumeist allein stehende Frauen. Die durchschnittliche Wohndauer in stationären Einrichtungen liegt derzeit bei 39 Monaten, allerdings jeweils mit hohen Extremwerten: Zum einen gibt es immer mehr demenzkranke ältere Menschen mit einer vergleichsweise langen Verweildauer, zum anderen (wenn auch zahlenmäßig weniger) immer mehr somatisch-pflegebedürftige Menschen mit vergleichsweise kurzer Wohn-, das heißt Lebensdauer. Des Weiteren existieren in NRW 2.078 ambulante Pflegedienste, die 92.363 Pflegebedürftige pflegen und betreuen.

In den ambulanten, stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen waren 2001 insgesamt 158.014 Personen beschäftigt. Die Zahl der Beschäftigten in nordrhein-westfälischen Heimen liegt bei rund 118.900 Mitarbeitern. In den ambulanten Pflegeeinrichtungen sind knapp 39.000 Mitarbeiter tätig.

## Demographische Trends

- Es wird eine deutliche Zunahme der Anzahl hochaltriger Menschen (über 80-Jährige) geben. Gerade hier steigt das Risiko, pflegebedürftig zu werden, signifikant. Es wird eine Zunahme der Zahl von älteren Alleinstehenden und Ein-Personen-Haushalten geben, dies gilt für Männer und Frauen gleichermaßen.
- Die Anzahl älterer und sehr alter Ehepaare in Ein-Generationen-Haushalten wird zunehmen.
- Die potenzielle Zahl von Helfern aus dem familiären Umfeld wird weiter abnehmen.

## Soziale Trends

- Auch aufgrund des sozialen Wandels wird die Zahl der Ein-Personen-Haushalte deutlich zunehmen. Haushaltsformen und -typen sowie Partnerschaftsbiographien pluralisieren sich weiter.
- Die Frauenerwerbsquote steigt. Dadurch gewinnt das Thema der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege an Bedeutung.
- Die Mobilität und Mobilitätsanforderungen nehmen zu. Die Pflegebereitschaft wandelt sich und wird insbesondere bei den höheren sozialen Milieus voraussetzungsvoller, das heißt sie ist an vielfältigen infrastrukturellen Unterstützungsformen und an die Mitverantwortung anderer gebunden (Kommune, Betriebe).

gez. Angelika Gemkow